

LEITFADEN FÜR DIE LOKALE ENGAGEMENTFÖRDERUNG

AKTEURE,
INFRASTRUKTUREN,
INSTRUMENTE

Gisela Jakob, Claudia Koch, Nicole Schüppler

Mit Unterstützung von Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag, Hessischer Städte- und Gemeindebund

Herausgeber: LandesEhrenamtsagentur Hessen
Otto-Fleck-Schneise 4
60528 Frankfurt am Main

Gestaltung: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Druck: XXXX, XXXX
© Mai 2008

Der vorliegende Leitfaden ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes der Hochschule Darmstadt mit Unterstützung der Hessischen Ehrenamtskampagne „Gemeinsam Aktiv - Bürgerengagement in Hessen“

Projektleitung:

Prof. Dr. Gisela Jakob, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
und Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt

wissenschaftliche Mitarbeiterin:

Claudia Koch

studentische Mitarbeiter/-innen:

Carolin Filip, Nicole Schüppler und Tim Strunze

Der Abschlussbericht lässt sich auf der Homepage der Hochschule Darmstadt einsehen unter:
<http://www.sozarb.h-da.de/kontakt/lehrende/prof-dr-gisela-jakob/index.htm>

Besonderer Dank gilt Herrn Dr. Ralf Vandamme, Fachberater des Städtetags Baden-Württemberg für die eingebrachten Anregungen zur Erstellung des Leitfadens

INHALT

Einleitung	4
Vorwort	5
Befragte Kommunen	6
I. Drei Voraussetzungen für eine erfolgreiche Engagementförderung	7
II. Wie Engagementförderung gelingt - Bausteine für eine engagierte Kommune	9
1. Wer wird gebraucht? Akteure in Politik, Verwaltung, Vereinen und Bürgerschaft	9
2. Was wird gebraucht? Infrastrukturen und lokale Anlaufstellen	17
3. Wie es geht? Instrumente und Methoden	20
Nützliche Hinweise	24
Ansprechpartner und Kontaktadressen	24
Förderangebote und wichtige Adressen auf Landesebene	26
Links	26

EINLEITUNG

Der vorliegende Leitfaden stellt „Bausteine“ für eine erfolgreiche lokale Engagementförderung vor und soll interessierte Kommunen darin unterstützen, neue Engagementstrukturen aufzubauen. Er richtet sich an Entscheidungsträger in Kommunalpolitik und -verwaltung sowie Fachkräfte in Einrichtungen und Organisationen, die in ihrer Gemeinde neue Aktivitäten zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements anregen und eine bürgerorientierte Kommunalentwicklung stärken wollen. Die vorgestellten Bausteine und Empfehlungen werden durch ausgewählte Beispiele aus Kommunen ergänzt.

Der Leitfaden basiert auf Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt „Lokale Engagementförderung in hessischen Kommunen“, das im Zeitraum zwischen Mai 2006 und Juli 2007 in 15 hessischen Kommunen gelungene Formen einer modernen Engagemenförderung näher betrachtet hat. Die Untersuchung war ein Kooperationsprojekt zwischen der Hochschule Darmstadt und der Hessischen Staatskanzlei und wurde vom Hessischen Städte- und Gemeindebund und dem Hessischen Landkreistag unterstützt. Das Interesse richtete sich dabei auf Gemeinden, Städte und drei Landkreise, in denen neuere Ansätze zur Bürgerbeteiligung umgesetzt wurden und in denen das bürgerschaftliche Engagement eine wichtige Rolle in der kommunalen Entwicklung spielt. Ausgewählt wurden Kommunen, in denen bereits seit mehr als zehn Jahren gezielt Möglichkeiten für mehr bürgerschaftliche Teilhabe geschaffen und in denen sich eine neue Engagementkultur herausgebildet hat, sowie auch Kommunen, die sich noch im Aufbruch befinden und mit einzelnen Aktivitäten vor kurzem begonnen haben.

Seit 1999 unterstützt die Hessische Landesregierung die kommunale Engagementförderung im Rahmen der Initiative „Gemeinsam aktiv - Bürgerengagement in Hessen“. Ein Schwerpunkt dabei ist die von der LandesEhrenamtsagentur und dem Hessischen Städte- und Gemeindebund initiierte Veranstaltungsreihe „Forum Bürgerengagement“, welche Fachtagungen und Fortbildungen für kommunale Fachkräfte bietet. Der vorliegende Leitfaden ist ein weiteres Element zur Stärkung der kommunalen Förderaktivitäten.

Stephan Würz

LandesEhrenamtsagentur Hessen

VORWORT

Aktive Bürgerkommunen für ein lebendiges Miteinander

Nahezu in allen Bereichen des kommunalen Alltags spielt bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle. Bürgerinnen und Bürger sind Experten und Akteure in eigener Sache und prägen durch Mitdenken, Mitreden und Mithandeln das Leben der Kommunen. In zahlreichen Vereinen, Initiativen, Gruppen und Einrichtungen auf kommunaler Ebene wird tagtäglich eine Vielzahl von Leistungen durch Bürgerinnen und Bürger erbracht. Ohne ihren Einsatz wäre nicht nur ein hoher Verlust an Lebensqualität zu verzeichnen sondern auch an notwendigen Bindungskräften einer solidarischen und zukunftssicheren Gemeinschaft.

Aufgabe von Politik und Verwaltung ist es, dieses Engagement zu erhalten und auszubauen. Dabei kann nicht nur auf Bewährtes zurückgegriffen werden. Vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen und eines erheblichen Strukturwandels im Ehrenamtsbereich sind bedarfsgerechte Wege der Engagementförderung notwendig. Dies geht nicht ohne Einsatz, bringt aber letztendlich einen erheblichen Mehrwert für die Kommunen. Aktive Bürgerkommunen zeichnen sich durch hohe Lebensqualität, Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger am Wohnort sowie einer starken Innovationskraft hinsichtlich der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen aus. Die Potentiale des Bürgerengagements zur Entfaltung zu bringen ist eine Kernaufgabe kommunalen Handelns. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen haben dazu beispielhafte Wege beschritten. Der vorliegende Leitfaden zeigt gelungene Praxis und gibt wichtige Tipps auf dem Weg zur Aktiven Bürgerkommune.

Karl-Christian Schelzke

Geschäftsführender Direktor
des Hessischen Städte- und
Gemeindebundes

Gerrit Kaiser

Geschäftsführender Direktor
des Hessischen Landkreistags

Dieter Schlempp

Direktor des
Hessischen Städtetages

BEFRAGTE KOMMUNEN IM RAHMEN DES FORSCHUNGSPROJEKTS



I. DREI VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE ERFOLGREICHE ENGAGEMENTFÖRDERUNG

1. Ohne bürgerschaftliches Engagement geht's nicht!
2. Bürgerschaftliches Engagement braucht die Unterstützung der Kommunen!
3. Jede Kommune muss ihren eigenen Weg finden!

1. Ohne bürgerschaftliches Engagement geht's nicht!

Für die Kommunen bringt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vielfältigen Nutzen:

- Bürgerinnen und Bürger erbringen wertvolle Angebote und Leistungen für das Gemeinwesen. Dabei übernehmen sie nicht nur freiwillige Leistungen, sondern betätigen sich zum Beispiel in den Freiwilligen Feuerwehren und bei den Rettungsdiensten auch bei den Pflichtaufgaben der Gemeinden wie dem Brandschutz und der Gefahrenabwehr.
- Bürgerinnen und Bürger machen mit ihrem Engagement auf soziale und gesellschaftliche Probleme aufmerksam und erarbeiten gemeinsam mit der Kommune, Vereinen, Verbänden und Initiativen neue Wege zur Problembearbeitung. Aktuelle Beispiele dafür finden sich in der Hospizarbeit, in der Seniorenarbeit und in der Jugendförderung.
- Bürgerschaftliches Engagement trägt dazu bei, dass sich die Lebensqualität verbessert. Damit gewinnt die Kommune an Attraktivität als Wohn- und Lebensort. Wenn sich zum Beispiel Eltern erfolgreich für eine bessere Kinderbetreuung einsetzen und dadurch Einrichtungen für eine familienfreundliche Kommune entstehen, dann wird die Gemeinde für junge Familien zu einem attraktiven Ort.
- Bürgerschaftliches Engagement ist ein Beitrag zur kommunalen Demokratie. Angesichts zurückgehender Wahlbeteiligung und zunehmender Distanz zu den Gremien repräsentativer Demokratie kann Bürgerbeteiligung dazu beitragen, Bürger in Entscheidungsprozesse in der Kommune zu integrieren. Dies erhöht zugleich die Akzeptanz politischer Entscheidungen.
- Bürgerschaftlichem Engagement kommt angesichts des demografischen Wandels eine Schlüsselrolle zu. Es kann gezielt eingesetzt werden um Neubürger in die Gemeinde zu integrieren, junge Familien und Senioren als Gemeindemitglieder zu gewinnen bzw. zu halten, oder lokale Infrastrukturen zu erhalten.

2. Bürgerschaftliches Engagement braucht die Unterstützung der Kommunen!

Bürgerbeteiligung und -engagement ergeben sich nicht von selbst. Damit sich Bürgerinnen und Bürger einbringen und ihr Umfeld mitgestalten können, sind sie auf Gelegenheiten und förderliche Rahmenbedingungen angewiesen. Dabei kommt den Kommunen im Rahmen ihres Auftrags zur Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle zu. Mit der Förderung von Vereinen und Verbänden und öffentlichen Auszeichnungen engagierter Bürger betreiben die Kommunen bereits seit langem Engagementförderung. Darüber hinausgehend müssen neue Formen entwickelt und neue Wege beschritten werden, die den

gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Eine moderne Engagementförderung orientiert sich an der Perspektive einer lebendigen lokalen Bürgergesellschaft. Dabei müssen die Bürger in ihrer Rolle als Mitgestalter unterstützt werden, die mit ihrem Beitrag öffentliche Leistungen und Angebote erbringen. Ebenso wichtig ist aber auch, die Bürger in ihrer Auftraggeberrolle zu stärken und ihnen neue Möglichkeiten zu eröffnen, ihre Anliegen einzubringen und an kommunalen Entscheidungs- und Planungsprozessen mitzuwirken.

3. Jede Kommune muss ihren eigenen Weg finden!

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements lässt sich nicht standardisieren. Jede Kommune muss ihren eigenen Weg hin zu einer bürgerorientierten Kommune entwickeln. Dieser Prozess hat in jeder Gemeinde andere Anfänge, verläuft unterschiedlich und kommt zu anderen Ergebnissen. Modelle und Instrumente einer erfolgreichen Engagementförderung können deshalb nicht eins zu eins übertragen werden. Sie sind vielfach abhängig von Traditionen und insbesondere von den handelnden Personen.

II. WIE ENGAGEMENTFÖRDERUNG GELINGT - BAUSTEINE FÜR EINE ENGAGIERTE KOMMUNE

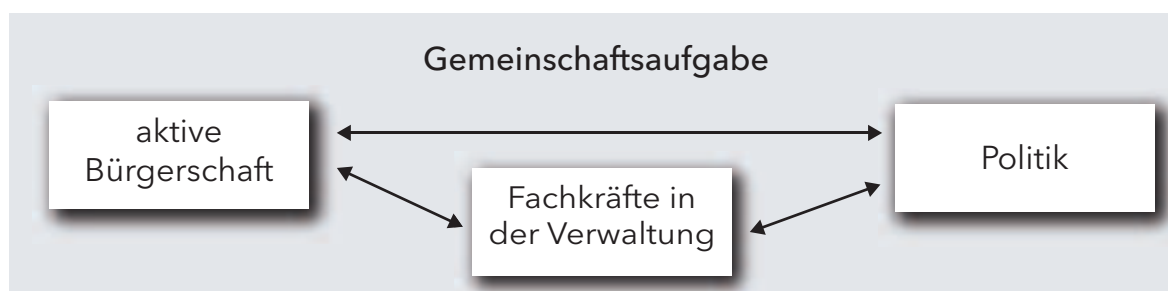
1. Wer wird gebraucht?
2. Was wird gebraucht?
3. Wie es geht?

1. Wer wird gebraucht? Akteure in Politik, Verwaltung, Vereinen und Bürgerschaft

- Politik, Verwaltung und Bürger/innen gemeinsam für eine engagierte Kommune
- Die politische Spitze unterstützt bürgerschaftliches Engagement
- Kompetente und engagementerfahrene Fachkräfte in der Verwaltung fördern, begleiten und vernetzen Aktivitäten
- Bürgerinnen und Bürger sind Auftraggeber und Mitgestalter
- Das Kommunalparlament trägt die Aktivitäten für mehr bürgerschaftliche Teilhabe mit
- Parteipolitik bleibt draußen!
- Vereine und Verbände für neue Aktivitäten gewinnen
- Mehr Gestaltungsmöglichkeiten für Vereine schaffen
- Organisationen und Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement
- Unternehmen als „gute Bürger“ einbinden
- Der Weg ist das Ziel: Handlungsorientierungen und Leitbilder entwickeln

Jede Kommune muss ihren eigenen Weg finden. Aber es gibt auch Bedingungen, die allen Kommunen gemeinsam sind und grundlegende „Bausteine“ für eine gelungene Förderung von bürgerschaftlichen Engagement darstellen.

Politik, Verwaltung und Bürger/innen gemeinsam für eine engagierte Kommune



Eine engagierte Kommune basiert auf der Zusammenarbeit von drei Gruppen: Vertreter/innen der politischen Spitze, engagementerfahrene und professionell orientierte Fachkräfte aus der Verwaltung sowie aktive Bürgerinnen und Bürger. Keine der Gruppen könnte neue Strukturen allein oder in Absprache mit nur einem anderen Partner durchsetzen. Eine erfolgreiche Engagementförderung kommt nur dann zustande, wenn es gelingt, dieses Dreieck zu aktivieren. Darüber hinaus müssen weitere Organisationen und Einrichtungen vor Ort wie Vereine und Verbände, öffentliche Einrichtungen, Kommunalparlamente und Unternehmen eingebunden werden.

Die politische Spitze unterstützt bürgerschaftliches Engagement

Bürgermeister, Landräte und in einem Teil der Kommunen auch einzelne Dezernent/innen und Beigeordnete spielen eine zentrale Rolle, wenn es um die Durchsetzung einer bürgerorientierten Kommunalentwicklung geht. Sie machen politische Vorgaben. In ihrer Doppelfunktion an der Spitze von Politik und Verwaltung haben sie Einfluss darauf, ob Fachkräfte und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Sie haben Zugänge zu den politischen Parteien und können Kommunalpolitiker für besondere Vorhaben gewinnen. Die Bürgermeister und Landräte werden dabei zu Initiatoren für eine moderne Engagementförderung, indem sie selbst Aktivitäten und Projekte anregen. In anderen Fällen greifen sie Initiativen von lokalen Bürgergruppen und Fachkräften auf und unterstützen diese.

Kompetente und engagementerfahrene Fachkräfte in der Verwaltung fördern, begleiten und vernetzen Aktivitäten

Initiativen der politischen Spitze können nur dann fruchten, wenn es zugleich in der Verwaltung Fachkräfte gibt, die diese Ideen mittragen und aus ihrer fachlichen Perspektive umsetzen. Die Fachkräfte aus Bereichen wie der Jugendförderung, der Seniorenarbeit, der Selbsthilfeförderung und der Umweltberatung bringen sowohl ihre fachlichen Kompetenzen als auch eigene Engagementerfahrungen ein. Sie regen neue Aktivitäten und Projekte an, bauen Netzwerke und Arbeitsstrukturen auf und sind zentrale Ansprechpartner für Fragen des Engagements in der Kommune.

Bürgerinnen und Bürger sind Auftraggeber und Mitgestalter

Die Aktivitäten von Politik und Verwaltung würden ins Leere laufen, gäbe es nicht eine aktive Bürgerschaft, die sich in Vereinen und selbstorganisierten Gruppen zusammenschließt, um das Zusammenleben in ihrem Gemeinwesen mitzugestalten. Die Bürger/innen stellen Zeit, Wissen und sonstige Ressourcen bereit, um neue Angebote zur Begleitung von Kindern und Jugendlichen zu schaffen, um die Wohnqualität im Stadtteil zu verbessern oder das Miteinander der Generationen zu befördern. Als Mitgestalter erbringen sie mit ihren Aktivitäten konkrete Angebote und Leistungen für das Gemeinwesen. Darüber hinaus müssen sie auch in ihrer Rolle als Auftraggeber von der Politik ernst genommen und unterstützt werden. Nur dort, wo die Bürger als erwünschte und gleichberechtigte Kooperationspartner akzeptiert sind und Mitspracherechte haben, stellen sie ihre Zeit und ihr Wissen zur Verfügung.

Die folgenden drei Beispiele zeigen, wie das Zusammenspiel der drei Gruppen aussehen kann:

Taunusstein -

Engagierte Senioren und eine pragmatische Beteiligungskultur

Die Stadt Taunusstein hat knapp 30.000 Einwohner/-innen und ist 1971 als Zusammenschluss mehrerer Gemeinden entstanden. Als Ergebnis der früheren Zuzüge gibt es heute einen hohen Anteil an Senior/innen mit etwas über 21 Prozent 60- bis 79-Jährige, der in den nächsten Jahren noch weiter ansteigen wird. Dementsprechend

spielt der Seniorenbereich mit der „Leitstelle Älterwerden“ eine wichtige Rolle für neue Aktivitäten zur Engagementförderung. Bereits Anfang der 1990er Jahre wurde im Rahmen eines bundesweiten Modellprogramms ein örtliches Seniorenbüro gegründet. Damit war der Anspruch nach mehr Mitsprache- und Beteiligungsmög-

lichkeiten für Ältere verbunden. Im Jahr 2001 wurde die „Leitstelle Älterwerden“ gegründet, die in der Stadtverwaltung angesiedelt ist und von zwei hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und zahlreichen Ehrenamtlichen getragen wird. Als Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement in der nachfamiliären und nachberuflichen Lebensphase verfügt sie über ein breites Aufgabenprofil. Dies reicht von der Vermittlung engagementinteressierter Bürger/innen über die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben wie z.B. der Mitwirkung am Seniorenplan der Gemeinde bis hin zu Vernetzungsaktivitäten wie dem „Runden Tisch für Ehrenamt und Betreuung“, in dem Träger im Bereich der Altenhilfe zusammen arbeiten. Die Aktivitäten sind vor allem auf die ältere Generation ausgerichtet, schließen aber generationsübergreifende Aktivitäten mit ein. Bürgerbeteiligung findet auch im Rahmen der Stadtplanung, bei Entscheidungen über Straßenbauprojekte oder die städtebauliche Gestaltung eines Neubaugebietes, statt. In den städtischen Kindertageseinrichtungen ist es gelungen, durch mehr Mitsprachemöglichkeiten Eltern stärker einzubinden.

Der Bürgermeister unterstützt die Aktivitäten für mehr Bürgerbeteiligung und -engagement. Der Engagementförderung durch die Kommune liegt ein pragmatisches Verständnis zugrunde: Mit den Beteiligungsverfahren gelingt es, Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinwesen zu integrieren, neue Nachbarschaften zu schaffen und die Kommunikation zwischen Stadt und Bürgern zu verbessern. Darüber hinaus tragen die Bürger dazu bei, dass Angebote und Leistungen erbracht werden, die angesichts knapper Finanzen nicht mehr oder nicht mehr in der Form aufrechtzuerhalten wären.

Eine solche Beteiligungskultur erfordert immer wieder, eine Balance herzustellen zwischen den gewählten Mandatsträgern im Kommunalparlament, die um ihre Entscheidungsbefugnisse fürchten, und den engagierten Bürgern, die ihre Interessen verfolgen. Wenn die Prozesse erfolgreich verlaufen, kann ein Konsens erzielt werden, der breit getragen wird. Wenn dies nicht gelingt, treffen letztendlich das Stadtparlament und die gewählten Vertreter/innen die politische Entscheidung.

Kassel -

Vielfältige Aktivitäten und ein vorsichtiger Trend zu einer gesamtstädtischen Strategie der Bürgerbeteiligung

In der nordhessischen Stadt Kassel mit ihren knapp 200.000 Einwohnern sind in den letzten Jahren zahlreiche neue Aktivitäten zur Förderung von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement entstanden, die von Personen in Politik, Verwaltung, Verbänden, Wirtschaft und Bürgerschaft getragen werden. Bislang lässt sich allerdings noch keine eindeutige gebündelte Strategie erkennen. Die Engagementförderung besteht vielmehr aus einer Vielfalt von Aktivitäten in verschiedenen Bereichen, die unverbunden nebeneinander stehen.

Bereits Anfang der 1990er Jahre wird mit neuen Initiativen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen begonnen, die von der Kinderbe-

auftragten beharrlich und zu Anfang gegen Widerstände aus dem Jugendamt durchgesetzt wurden. Heute hat sich eine Praxis herausgebildet, in der unter der Leitung des Kinder- und Jugendbüros und in Kooperation mit Vereinen und Jugendverbänden systematisch Kinder und Jugendliche einbezogen werden, wenn es um Stadtentwicklung und ihre Lebensräume geht. Neben dem Jugendamt sind dabei elf weitere Ämter in der Stadtverwaltung durch regelmäßige Konsultationen eingebunden.

Ein weiterer Baustein für eine moderne Engagementförderung war die Gründung des Freiwilligenzentrums im Jahr 1995. Auch dies war damals ein Vorgang, der von einer zentralen Person,

dem Geschäftsführer eines Wohlfahrtsverbandes, zunächst gegen Widerstände aus der Stadtverwaltung und aus Verbänden vorangetrieben wurde. Heute hat sich das Freiwilligenzentrum mit einem breiten Aufgabenprofil etabliert und wird von der Kommune im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages unterstützt. Darüber hinaus werden zwei Drittel des Etats durch private Spenden und Entgelte für Beratungsleistungen bestritten. Kommunalpolitik und -verwaltung unterstützen die Einrichtung, und zu allen im Stadtparlament vertretenen politischen Parteien bestehen Kontakte. Des Weiteren gibt es eine Selbsthilfekontaktstelle als Ansprechpartner für etwa 160 Selbsthilfegruppen in der Region, die von der Kommune gefördert wird. Ein weiterer wichtiger Bereich für die Engagementförderung sind Aktivitäten im Bereich der Stadtentwicklung, die durch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und das Bundesmodellprojekt „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ unterstützt werden. Im Rahmen der Programme sind in den Stadtteilen neue Nachbarschaftshilfsvereine entstanden. Diese „Hand-in-Hand-Vereine“ werden von Bürgern, Kirchengemeinden und Wohnungsbauunternehmen getragen und vor allem von älteren Menschen als Dienstleister für alltägliche Hilfen genutzt.

Waren die Anfänge in den 1990er Jahren noch von zahlreichen Widerständen oder zumindest einer Gleichgültigkeit in Politik und Verbänden bestimmt, so zeichnet sich in den letzten Jahren eine Kehrtwende ab. Bürgerbeteiligung und -engagement werden zu einem gesamtstädtischen Thema und beeinflussen die kommunale Entwicklung. Dies wird durch den derzeitigen Oberbürgermeister forciert, der sich bereits im Wahlkampf für bürgerschaftliches Engagement ausgesprochen hat und dessen Förderung vorantreibt. Auch die Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit setzt in ihrem Zuständigkeitsbereich auf bürgerschaftliche Mitwirkung und unterstützt Elterninitiativen ebenso wie das „Lokale Bündnis für Familie“. Parallel dazu wird die Verwaltung mit dienstleistungs- und bürgerorientierten Strukturen modernisiert. Einrichtungen wie die sogenannte Bürgerhilfe sollen dazu beitragen, schnelle und unbürokratische Hilfe zu ermöglichen, Konflikte zwischen Bürgern und Verwaltung zu bearbeiten sowie Entscheidungen politischer Gremien zu kommunizieren. Im Hauptamt der Stadtverwaltung ist die Stelle einer Verwaltungsmitarbeiterin angesiedelt, die Ansprechpartnerin für städtische Aktivitäten wie die Organisation der EhrenamtsCard ist.

Landkreis Offenbach -

Engagementförderung für die Gesellschaft und für die engagierten Bürger

Im Landkreis Offenbach, bestehend aus 13 Gemeinden, leben ca. 340.000 Menschen. Seit mehr als 15 Jahren gibt es in dem Landkreis gezielte Aktivitäten zur Engagementförderung, die zunächst in der „Leitstelle Älterwerden“ und seit 2002 in der Kreisehrenamtsagentur gebündelt werden. Entsprechend dem politischen Auftrag ist der Landkreis nicht selbst Träger von Einrichtungen und Projekten. Er übernimmt vielmehr eine vermittelnde Funktion, indem Ressourcen für Aktivitäten vor Ort bereitgestellt werden. Die langjährige und systematische Engagementförderung basiert dabei auf drei Säulen: 1. der finanziellen Förderung und Bereitstellung von

Ressourcen, 2. der fachlichen Beratung und Begleitung von Projekten und Organisationen sowie 3. maßgeschneiderten Fortbildungsangeboten. Dabei gilt der Grundsatz: nur so viel Beratung und Begleitung wie gewünscht! Die Bürger und ihre Projekte selbst bestimmen, was sie an Unterstützung brauchen.

Ausgangspunkte für die Aktivitäten im Seniorenbereich waren die demografischen Veränderungen und der Ansatz, die von beruflichen und familiären Aufgaben weitgehend entpflichteten „jungen Alten“ durch Engagement in die Gesellschaft einzubinden. Ein damals laufendes Bundesmodellprogramm wurde genutzt, um das

einer Gemeinde angesiedelte Seniorenbüro „Winkelmühle“ einzurichten. Das Seniorenbüro ist ein Kooperationsmodell zwischen dem Landkreis als öffentlichem Träger und dem Diakonischen Werk als freiem Träger und ist mit seinen vielfältigen Dienstleistungen und Projekten zu einem wichtigen Motor für die Weiterentwicklung der Engagementförderung geworden. Paralleldazu sind unter Federführung der „Leitstelle Älterwerden“ zahlreiche Seniorenhilfen und Seniorengenossenschaften in den Gemeinden gegründet worden, in denen mittlerweile weit mehr als 10.000 Bürger/innen selbstorganisiert Hilfeleistungen erbringen und neue Projekte in Gang setzen. Die Einrichtung der Ehrenamtsagentur im Jahr 2002 in der Kreisverwaltung zielte darauf, die Aktivitäten über den Seniorenbereich hinausgehend auszuweiten. Zu den Aufgaben der Agentur gehören, Bürgerprojekte anzuregen und zu

begleiten, Vereine und Initiativen in Fragen der Engagementförderung zu beraten, in Zusammenarbeit mit der Kreisvolkshochschule Fortbildungsangebote zu konzipieren, Aktivitäten zu vernetzen und besondere Aktivitäten wie die Vergabe der EhrenamtsCard und den jährlich stattfindenden Freiwilligentag zu organisieren. Die Engagementförderung orientiert sich an dem Grundsatz: „Engagement muss sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren und passgenau für die Menschen sein, die sich engagieren“. Bürgerschaftliches Engagement ist kein Selbstzweck, sondern muss einen Beitrag zur Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme leisten. Die Bürger können aber nicht einfach nur in die Pflicht genommen werden, sondern Engagementförderung muss sich an ihren Vorstellungen und Bedürfnissen orientieren.

Neue Initiativen zur Engagementförderung wurden von Anfang an von der politischen Spitze in der Person des Landrates unterstützt. Eine zentrale Rolle spielen des weiteren engagierte und fachlich qualifizierte Fachkräfte in Verbänden und Einrichtungen sowie insbesondere der langjährige Leiter der Leitstelle Älterwerden und später der Ehrenamtsagentur. Sie sind Ideengeber für neue Projekte und setzen diese in ihrem Zuständigkeitsbereich um.

Das Kommunalparlament trägt die Aktivitäten für mehr bürgerschaftliche Teilhabe mit

Eine bürgerorientierte Kommunalentwicklung ist nur möglich, wenn das Kommunalparlament diesen Prozess unterstützt und so zu einem engagementfreundlichen Klima beiträgt. Dies geschieht mit politischen Entscheidungen beispielsweise zur Einführung der EhrenamtsCard oder zur Einrichtung einer Freiwilligenagentur. Solche einmaligen Beschlüsse reichen aber nicht aus. Vielmehr ist eine langfristige Einbindung der Mandatsträger/innen notwendig. Das Kommunalparlament hat in wichtigen Fragen, welche die Kommunalentwicklung insgesamt betreffen, das Letztentscheidungsrecht. Um sicherzustellen, dass die Vorstellungen der Bürger z.B. in Planungsprozessen in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, müssen bereits im Vorfeld kooperative Formen des Austauschs etabliert und zumindest einzelne Mandatsträger einbezogen werden. Jenseits formalisierter Verfahren wie Wahlen oder Bürgerentscheide erfolgt dies in neuen Formen wie Arbeitskreisen, Fachbeiräten und Gruppen, in denen auch einzelne Mandatsträger mitwirken. Besondere Aktionen wie „Politiker fragen, Bürger antworten“ oder öffentliche Sitzungen von Ausschüssen an zentralen Plätzen der Stadt tragen dazu bei, dass Gemeindevertreter und Bürger ins Gespräch kommen.

Parteilpolitik bleibt draußen!

Eine nachhaltige Engagementförderung braucht einen ‚langen Atem‘ und setzt voraus, dass Strukturen und Maßnahmen auch nach dem Wechsel an der politischen Spitze oder bei veränderten Mehrheitsverhältnissen im Kommunalparlament nach den Wahlen fortgeführt werden. Den Akteuren in Vereinen, Projekten und engagementfördernden Einrichtungen muss es gelingen, parteipolitisch unabhängig und übergreifend tätig zu sein und Kontakte zu Kommunalpolitiker/innen aus verschiedenen Parteien zu pflegen.

Vereine und Verbände für neue Aktivitäten gewinnen

Vereine und Verbände sind zentrale Orte bürgerschaftlichen Engagements. Bestehenden Vereinen fällt es jedoch häufig schwer, sich für Neuanfänge, angeregt durch die Kommune oder einzelne Bürgergruppen, zu begeistern, da diese als Konkurrenz wahrgenommen werden. Um etablierte Vereine und Verbände für eine moderne Engagementförderung zu gewinnen, müssen sie die Erfahrung machen, dass sie von den neuen Entwicklungen „profitieren“. Dies ist der Fall, wenn sie beispielsweise ihre eigenen Angebote ausweiten können, in der lokalen Öffentlichkeit besser wahrgenommen werden oder neue Mitglieder und Interessenten gewinnen.

Vereinsförderung in Groß-Umstadt

Die bestehenden Vereine und Verbände werden gezielt in die neueren Beteiligungsprozesse eingebunden. Das Agenda-Büro als Anlaufstelle für Engagementförderung in der Stadtverwaltung, erstellt in Zusammenarbeit mit den Vereinen einen jährlichen Vereinsführer und einen Veranstaltungskalender, in denen sich die Ver-

eine mit ihren Aktivitäten und Angeboten vorstellen. In einem Teil der Vereine und begleitet durch den Mitarbeiter in der Anlaufstelle geht dies damit einher, dass die Vereine ihre Angebote überprüfen, neue Aktivitäten z. B. für Kinder und Jugendliche entwickeln und dabei ihr Aufgabenprofil und ihre Selbstdarstellung verändern.

Modernisierung der Vereinslandschaft im Landkreis Offenbach

Parallel zu den Aktivitäten im Seniorenbereich und in der Ehrenamtsagentur haben auch bestehende Vereine neue Aktivitäten entfaltet, die vom Landkreis ebenfalls unterstützt werden. Mit dem neu errichteten „Zentrum des Ehrenamtes und der Jugend“ ist ein Treffpunkt für Vereine im Sport, in der Jugendarbeit und bei den Freiwil-

ligen Feuerwehren geschaffen worden. Im Projekt „Jobfit“ übernehmen Joblotsen, die zugleich Übungsleiter in Sportvereinen sind, die Aufgabe, Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu unterstützen. Eine Vereinsdatenbank gibt Auskunft über die im Landkreis aktiven Vereine und deren Angebote.

Mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für Vereine schaffen

In den Kommunen werden zunehmend Aufgaben, die bislang in ihren Zuständigkeitsbereich fielen, den örtlichen Vereinen übertragen. Sportanlagen, Schwimmbäder und Bürgerhäuser werden in die Verantwortung der Vereine gelegt, um damit Gelder zu sparen und zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. Die Gemeinden unterstützen die Vereine weiterhin auf der Basis von Leistungsvereinbarungen für bereitgestellte Angebote und für die Instandhaltung der Einrichtungen. Damit eine solche Strategie erfolgreich ist, müssen zwei Bedingungen gegeben sein:

- Die Vereine müssen nach wie vor von der Kommune für ihre Arbeit und für ihren Beitrag zur Engagementförderung finanziell, aber auch durch Infrastrukturen, Beratung und Vernetzungsmöglichkeiten unterstützt werden.
- Die Übertragung neuer Aufgaben muss mit Möglichkeiten der Mitgestaltung für die Vereine einhergehen. Dies betrifft die Nutzung der Räumlichkeiten ebenso wie das Angebotspektrum.

Organisationen und Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement öffnen

Bürgerschaftliche Beteiligung in gemeinnützigen Organisationen und in öffentlichen Einrichtungen setzt voraus, dass sich diese für die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern öffnen. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht mit hierarchischen Entscheidungsprozeduren oder obrigkeitlichem

Verwaltungshandeln vereinbaren. Wenn eine neue Partizipationskultur entsteht, dann verändert dies die Leitbilder und das Selbstverständnis ebenso wie die organisatorischen Abläufe und Arbeitsweisen. Bei der inneren Öffnung wird bürgerschaftliches Engagement in die fachlichen Konzepte und Arbeitsstrukturen integriert, und es entstehen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen beruflichen Mitarbeiter/innen und freiwillig engagierten Bürger/innen. Mit der äußeren Öffnung werden die Einrichtungen zu Orten im Gemeinwesen, die mit anderen lokalen Akteuren wie Vereinen und Unternehmen zusammen arbeiten und ihr Aufgabenspektrum erweitern.

Ein herausragendes Beispiel dafür ist das „Soziale Dienstleistungszentrum“ in Felsberg, einer nordhessischen Kleinstadt mit 12.000 Einwohnern, die in den letzten Jahren eine vielfältige Engagementkultur geschaffen hat.

„Soziales Dienstleistungszentrum Felsberg“

Das „Soziale Dienstleistungszentrum Felsberg“ bietet zahlreiche Angebote und Leistungen für Angehörige aller Generationen. Die Einrichtung ist Träger eines integrativen Kindergartens für Kinder ab dem ersten Lebensjahr, organisiert eine sozialpädagogische Schülerbetreuung, versorgt mit ihrer Großküche sowohl die Schülerinnen und Schüler der nahe gelegenen Schule als auch Senioren mit einem Mittagessen, stellt einen Haushaltsservice für Senioren und Familien bereit und ist Ausbildungseinrichtung für Hauswirtschafterinnen. Das Zentrum versteht sich als Einrichtung, mit der die Lebensbedingungen von Kindern, Familien und Senioren in Felsberg verbessert und ein familienfreundliches Klima in der Stadt geschaffen werden soll. 1994 haben engagierte Eltern die Initiative ergriffen, und daraus ist ein Kooperationsprojekt zwischen der Stadt Felsberg, der Drei-Burgen-Schule und dem Verein „Kinder-, Familien- und Seniorenfreundliches Felsberg“ entstanden. Landkreis und Land Hessen unterstützen das Dienstleistungszentrum, das mittlerweile mehreren Beschäftigten, Auszubildenden, Praktikanten und Ein-Euro-Jobbern Arbeit bietet und das von zahlreichen ehrenamtlich engagierten Bürgern mitgetragen wird. In den Räumlichkeiten des Zentrums treffen sich Vereine und Gruppen, finden Bürgerversammlungen statt und werden Feste gefeiert.

Die Kooperation zwischen Dienstleistungszentrum und Schule hat die Schule als öffentliche Einrichtung verändert. Die Beteiligten selbst sprechen von einer „offenen Schule“, die sich so-

wohl räumlich als auch in ihrem Selbstverständnis und in ihren Angeboten geöffnet hat. War früher das Schulgelände nach Unterrichtschluss, verlassen, so ist der Ort heute eine lebendige Einrichtung, die ganztags von verschiedenen Gruppen genutzt wird. Nach dem Mittagessen wird die Cafeteria zum Seniorentreff, abends tagen hier die Beiräte für Kinder, Familien, Jugendliche und Senioren, Vereine wie die „Elternschule“ und die Volkshochschule nutzen die Räumlichkeiten. Die Zusammenarbeit hat die Umwandlung in eine Ganztagschule ermöglicht, indem die Großküche des Dienstleistungszentrums die Versorgung der Schüler übernimmt. Die Kooperation mit Vereinen macht es möglich, dass die Schüler nachmittags betreut und bei den Hausaufgaben unterstützt werden und dass durch Honorarkräfte und ehrenamtlich Tätige zusätzlich Arbeitsgemeinschaften angeboten werden können. Mit den neu geschaffenen Angeboten der Schulsozialarbeit und des Präventionskreises, in dem Schulsozialarbeit, städtische Jugendpflege, mobile Jugendarbeit und Mitarbeiter/innen aus dem Dienstleistungszentrum zusammen arbeiten, hat sich der Arbeitsauftrag erweitert.

Die Kommune unterstützt die Schule über ihren Auftrag hinausgehend zum Beispiel bei der Gestaltung des Schulhofes oder bei der Einrichtung eines Schulgartens. Lokal ansässige Unternehmen erbringen zusätzliche Leistungen. So spendete ein Stromversorger die Kücheneinrichtung für das Dienstleistungszentrum, und ein Malerbetrieb strich die Räumlichkeiten für die Elternschule.

Unternehmen als „gute Bürger“ einbinden

Unternehmen, Handwerksbetriebe, Geschäfte und Dienstleister unterstützen das Engagement in Sport, Kultur, Freiwilligen Feuerwehren und anderen Vereinen in vielen Gemeinden. Dies geschieht häufig im

„Verborgenen“ und „nebenbei“, wenn etwa der örtliche Metzger die Würstchen für das Stadtteilfest „sponsert“ oder seinen Firmenwagen am Wochenende nutzt, um die Jugendmannschaft zum Auswärtsspiel zu fahren. Als Unternehmer sind sie auch engagierte Bürger des Gemeinwesens. In Zukunft wird es darum gehen, diese Form bürgerschaftlichen Engagements sichtbar zu machen und auszubauen. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, zusätzliche finanzielle Ressourcen zu akquirieren. Neue Kooperationen zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen sollen vielmehr dazu beitragen, gemeinsam Probleme im Gemeinwesen wie die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu bearbeiten.

Der Weg ist das Ziel: Handlungsorientierungen und Leitbilder entwickeln

Handlungsleitende Orientierungen dienen als Leitlinien für die Engagementförderung, an der sich alle Beteiligten ausrichten können. Dabei ist wichtig, dass die Leitbilder in einem Prozess gemeinsam von allen Beteiligten erarbeitet, immer wieder überprüft und weiterentwickelt werden. In den meisten Kommunen sind die Handlungsorientierungen kleinteilig und pragmatisch angelegt. Sie repräsentieren partielle Zielsetzungen wie die, sich als familienfreundliche Gemeinde zu profilieren, für Neubürger attraktiv zu werden, auf die demografischen Veränderungen frühzeitig zu reagieren oder auch Akzeptanz für politische und administrative Entscheidungen herzustellen. Auf Dauer reichen diese partiellen Zielsetzungen allerdings nicht aus. Die Erfahrungen aus Kommunen mit einer langjährigen Engagementförderung zeigen vielmehr, dass es eines umfassenden Leitbildes und einer Gesamtstrategie bedarf, damit sich bürgerschaftliches Engagement breit entfalten kann. Eine Kommune, die dies in beispielhafter Weise vorführt, ist das südhessische Viernheim.

Bürgerorientierte Kommunalentwicklung in Viernheim

Die Entwicklung eines Leitbildes erfolgte im Rahmen einer „Lokalen Demokratiebilanz“. In den Jahren 1999 bis 2003 war Viernheim gemeinsam mit elf weiteren Kommunen in das von der Bertelsmann Stiftung initiierte und geförderte CIVITAS-Netzwerk integriert. Die Einbindung in das Netzwerk ermöglichte dieses besondere Vorgehen und war als Modellprojekt angelegt. Zunächst wurden die Bürgerinnen und Bürger ausführlich dazu befragt, wie und in welchen Bereichen sie sich engagieren und wie sie die Demokratie in ihrer Kommune einschätzen. Die Fragen zielten dabei auf eine ganze Bandbreite von Themen wie die Mitgliedschaft in Organisationen, die Einbindung in Nachbarschaft, die Wahlbeteiligung und das Interesse an Politik bis hin zur Kenntnis und Bewertung der Aktivitäten des Stadtparlaments, der lokalen Vereine und der Stadtverwaltung. Parallel dazu wurden in einer sogenannten Verwaltungsquerete, die Aktivitäten der verschiedenen Verwaltungsbereiche untersucht. Ergebnisse der Lokalen Demokratiebilanz wurden in einem Bericht zusammengetragen, der Grundlage für eine breit geführte öffentliche Diskussion war. Daraus wurde die Gesamtstrategie für eine bür-

gerorientierte Kommunalentwicklung erarbeitet, die auf alle Gruppen im Gemeinwesen zielte: Bürgerinnen und Bürger sollten für ein Engagement gewonnen und Engagementpotenziale ausgeschöpft werden. Mit neuen Formen der Anerkennung, Bildungs- und Qualifizierungsangeboten sowie gezielten Werbemaßnahmen sollten interessierte Bürger angesprochen werden. Die Stadtverwaltung sollte sich für bürgerschaftliches Engagement öffnen und für die Kooperation mit den Bürgern qualifizieren. Dies reichte von Maßnahmen zur Verbesserung der Servicequalität bis hin zu Projekten wie der Integration von sozialem Lernen in die Ausbildung. Kommunalparlament und Politik wurden aufgefordert, ihre Entscheidungen transparent zu machen und neue Formen zu entwickeln, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen dieser Gesamtstrategie sind zahlreiche Projekte und Aktivitäten umgesetzt worden, und sie war und ist handlungsorientierend für die Weiterentwicklung als Bürgerkommune. Die neuen Projekte wie Freiwilligentage und das Bürgerpanel, eine regelmäßige Internet-Befragung von mehr als 400 Bürgern, ordnen sich in die Gesamtstrategie ein.

2. Was wird gebraucht? Infrastrukturen und Anlaufstellen

- Lokale Anlaufstellen (Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbüros, ...) einrichten
- Orte der Begegnung schaffen
- Steuerungsgruppe und Arbeitskreise etablieren
- Einbindung in überregionale Netzwerke



Lokale Anlaufstellen wie Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbüros einrichten

Kommunen brauchen lokale Anlaufstellen für die Engagementförderung

- die für Bürgerinnen und Bürger und für Organisationen ansprechbar sind,
- die Projekte entwickeln,
- die Netzwerke aufbauen und
- Engagementaktivitäten bündeln.

In größeren Städten sind dies häufig eigenständige, durch einen Verein getragene Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Mehrgenerationenhäuser. In kleineren Kommunen und Landkreisen sind die Anlaufstellen als Ehrenamtsagenturen und Koordinationsstellen zumeist in der Verwaltung angesiedelt. Oft existieren auch enge Kooperationen zwischen einer Fach- bzw. Anlaufstelle in der Verwaltung und örtlichen Einrichtungen der Engagementförderung.

Für eine professionelle Arbeit in den Anlaufstellen müssen folgende Rahmenbedingungen gegeben sein:

- Die Anlaufstellen müssen durch die Kommune unterstützt und in die kommunale Entwicklung eingebunden sein.
- Sie müssen über ein breites Aufgabenprofil und gute Kontakte im Gemeinwesen verfügen.
- Über das Alltagsgeschäft hinausgehend müssen Projekte entwickelt und durchgeführt werden, die auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren.
- Die Anlaufstellen müssen über hauptberufliches Personal verfügen, um eine professionelle Engagementförderung zu gewährleisten.

Ein guter Überblick über lokale Anlaufstellen in Hessen findet sich auf dem Internetportal des Landes, www.gemeinsam-aktiv.de. Zwei Beispiele lokaler Anlaufstellen:

Das „Büro aktiv“ in Frankfurt am Main

Das „Büro aktiv“ existiert bereits seit 1992 als Teil des gemeinnützigen Vereins „Bürgerinstitut e. V. Soziales Engagement in Frankfurt“, der im Bereich Beratung und Unterstützung Älterer sowie der Förderung des bürgerschaftlichen

Engagements tätig ist. Zu den Aufgaben des „Büro aktiv - Freiwilligenagentur und Seniorenbüro“ gehören die Beratung engagementinteressierter Bürger/innen ebenso wie die Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden. Hinzu kommt

der große Bereich der Projektarbeit mit Mentorenprojekten für Auszubildende, generationsübergreifenden Angebote und Kooperationsprojekten mit Unternehmen, bei denen es um die Förderung des Mitarbeiterengagements geht. Weiterhin obliegt der Einrichtung die Organisation des jährlichen Frankfurter Freiwilligentages und die Koordination eines Fortbildungsprogramms.

Das „Büro aktiv“ arbeitet mit der Kommune zusammen und erhält eine Basisfinanzierung, die zumindest einen Teil der Kosten deckt. Darüber hinaus finanziert sich Einrichtung durch Eigenmittel, Einkünfte aus erbrachten Dienstleistungen, Projektgeldern und Spenden. In der Einrichtung sind vier berufliche Mitarbeiterinnen, z.T. in Teilzeit, sowie etwa 50 Ehrenamtliche tätig.

Die Ehrenamtsagentur des Main-Kinzig-Kreises

Die Ehrenamtsagentur des Main-Kinzig-Kreises wurde im Jahr 2006 auf Initiative des Landrates gegründet. Sie ist im Amt für Kultur und Sport der Kreisverwaltung angesiedelt und hat den Auftrag, das Ehrenamt im Landkreis zu fördern. Analog zum Auftrag von Landkreisen ist auch die Ehrenamtsagentur nicht direkt in den Kommunen tätig, sondern erbringt Dienstleistungen für die Städte und Gemeinden. Eine zentrale Aufgabe besteht darin, ein Netzwerk von kommunalen Akteuren zu schaffen, das die Gemeinden anregen und befähigen soll, selbständig Anlaufstellen und Strukturen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aufzubauen.

Ein zweiter Aufgabenschwerpunkt ist die Unterstützung von Vereinen und Verbänden in ihrer Engagementförderung durch Fortbildungs- und Beratungsangebote und mittels eines Internetauftrittes, mit dem sich die Vereine mit ihren Angeboten selbst darstellen können. In der Ehrenamtsagentur sind zwei Vollzeitkräfte sowie einzelne Ein-Euro-Jobber tätig. Die hauptberuflichen Mitarbeiter sind aus anderen Verwaltungsbereichen für die Ehrenamtsagentur freigestellt worden.

Orte der Begegnung schaffen

Bürgerschaftliches Engagement braucht Orte und Treffpunkte mit einer entsprechenden infrastrukturellen Ausstattung, die von Bürgergruppen, Initiativen und Vereinen genutzt werden können. Während die klassischen Vereine vielerorts über Vereinshäuser verfügen, brauchen die neuentstandenen Gruppen ebenfalls geeignete Treffpunkte. Solche Treffpunkte sind oft Ausgangspunkt für vielfältiges freiwilliges Engagement. Ein ungewöhnliches und gelungenes Beispiel dafür findet sich in der südhessischen Stadt Viernheim.

Der „Treff im Bahnhof“ (T.i.B.) in Viernheim

Der „Treff im Bahnhof“ (T.i.B.) in Viernheim besteht seit den 1980er Jahren als generationsübergreifende Freizeit- und Begegnungsstätte für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Der Treffpunkt ermöglicht Vereinen und Bürgergruppen, sich zu engagieren und fördert gleichzeitig den Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen.

Der Treff liegt auf dem ehemaligen Bahnhofsgelände. Das alte Bahnhofsgebäude, in dem heute ein Café untergebracht ist, dient als offener Bereich für alle und wird von Vereinen für Veranstaltungen genutzt. In sieben ausrangierten Eisenbahnwaggons sind das örtliche Selbsthilfebüro, Träger aus dem Bereich der Kinder- und Jugendförderung und der Jugendberufshilfe

sowie Initiativen wie der Freiwilligentreff „mobile“ untergebracht.

Die Einrichtung befindet sich in städtischer Trägerschaft, wird durch die Kommune finanziert

und durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter koordiniert, der von Honorarkräften und Zivildienstleistenden und zahlreichen Ehrenamtlichen unterstützt wird.

Steuerungsgruppe und Arbeitskreise etablieren

Engagementförderung bedeutet, neue Wege zu beschreiten, prozessorientiert zu arbeiten und dafür Mitstreiter zu gewinnen. Dies lässt sich nicht von einzelnen Personen allein bewältigen, sondern braucht funktionierende Arbeitsstrukturen und vertrauensvolle Kooperationen. Als wirkungsvolles Instrument haben sich dabei Steuerungsgruppen, Arbeitskreise und ähnliche Zusammenschlüsse erwiesen, in denen nach dem Muster lokaler „think tanks“ neue Ideen und Konzepte entwickelt und Strategien für deren Umsetzung erarbeitet werden. Die Arbeitskreise sehen in jeder Kommune anders aus. In dem „Arbeitskreis Ehrenamt“ im Landkreis Offenbach arbeiten wenige ausgewählte Leitungskräfte aus dem Bereich „Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur“ der Kreisverwaltung, der Ehrenamtsagentur, der Kreisvolkshochschule, des vom Diakonischen Werkes getragenen Seniorenbüros und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zusammen. Die Steuerungsgruppe „mobile“ in Viernheim besteht aus zwei hauptamtlichen Mitarbeitern aus der Stadtverwaltung, die mit der Koordination von Selbsthilfe- und Engagementförderung befasst sind, sowie acht ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger. Diesen Zusammenschlüssen ist gemeinsam, dass sie organisationsübergreifend tätig sind, auf einer vertrauensvollen Zusammenarbeit basieren und von Personen getragen werden, die hoch engagiert sind und sich mit Ideen bürgerschaftlicher Teilhabe identifizieren.

Einbindung in überregionale Netzwerke

Überörtliche Netzwerke und Arbeitszusammenhänge ermöglichen einen Erfahrungsaustausch und Qualifizierungsprozesse. Derzeit lassen sich drei Varianten von Netzwerken unterscheiden:

1. Zusammenschlüsse wie das von der Bertelsmann-Stiftung 1999 bis 2003 geförderte CIVITAS-Netzwerk, mit dem in 13 Kommunen Ansätze für eine bürgerorientierte Entwicklung erprobt und weiterentwickelt wurden.
2. Landes- und bundesweite Zusammenschlüsse der Infrastruktureinrichtungen (z. B. die Bundesarbeitsgemeinschaft sowie die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen), die stärker politisch ausgerichtet sind und neben der Weiterentwicklung der eigenen Arbeit auch auf politische Lobbyarbeit abzielen.
3. Fachliche Netzwerke im Zusammenhang mit konkreten Aufgabenstellungen oder festgelegten Arbeitsgebieten. Hierzu zählen z. B. die in Landesprogrammen verfestigten Strukturen (Arbeitsgruppe der EhrenamtsCard Standorte, Arbeitsgruppe der Träger des Freiwilligen Sozialen Jahrs, Arbeitsgruppe der Standorte des Qualifizierungsprogramms des Hessischen Sozialministeriums) oder der Zusammenschluss von Seniorenbüros.

Netzwerke brauchen personelle und finanzielle Ressourcen, um den Austausch zu organisieren, Tagungen durchzuführen, und Materialien zu erarbeiten. Nur dadurch kann langfristig Wissen und fachliche Kontinuität gesichert werden.

3. Wie es geht? Instrumente und Methoden

- Neue Instrumente und Methoden entwickeln
- Mit Projektarbeit experimentieren!
- Passgenaue Formen der Anerkennung entwickeln
- Qualifizierung ermöglichen
- Landesprogramme für die kommunale Engagementförderung nutzen!



Neue Instrumente und Methoden entwickeln

Beteiligungsprozesse müssen systematisch angelegt und für alle Beteiligten transparent sein. Sie lassen sich nicht standardisieren, sondern müssen passgenau auf das jeweilige Anliegen und die Rahmenbedingungen vor Ort zugeschnitten sein. Dies erfordert neue Instrumente und Methoden wie besondere Formen von Bürgerbefragungen oder auch mehrstufige Verfahren, die mit Stadtteilrunden und themenbezogenen Kreisen beginnen und sich auf die Gesamtgemeinde ausweiten. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Bürgerbeteiligung beim Flächennutzungsplan in Groß-Umstadt.

Bürgerbeteiligung beim Flächennutzungsplan in Groß-Umstadt

Für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans in der südhessischen Stadt Groß-Umstadt mit ihren neun Stadtteilen sollten interessierte Bürgerinnen und Bürger hinzugezogen werden. Da die Stadt bereits über eine langjährige Praxis der Bürgerbeteiligung verfügt, wurde auch dieser Prozess breit und als mehrstufiges Verfahren angelegt und über 600 Bürgerinnen und Bürger wirkten daran mit. Die erste Stufe bestand aus Stadtteilrunden, in denen sich unter der Leitung des Agenda-Büros Mitarbeiter des Fachbereichs „Planen, Bauen, Umwelt“, Ortsbeiräte und interessierte Bürger getroffen haben und Vorschläge für die Flächennutzung in ihrem Dorf bzw. Stadtteil entwickelt haben. In der zweiten Stufe, den Themenrunden, haben sich alle Interessierten in drei Themenblöcken, Soziales, Wohnen sowie Arbeit und Wirtschaft über die bereits vorliegenden Ideen ausgetauscht. Experten haben zusätzliches Wissen zur demografischen Entwicklung und zum Wohnraumbedarf bereitgestellt. In der dritten Stufe des Beteili-

gungsverfahrens, der Konsensrunde, wurden die Ergebnisse jedes Stadtteils auf einer Art Messestand im Rahmen einer großen Veranstaltung vorgestellt. An dem jeweiligen Stadtteilstand und in dem sich anschließenden gemeinsamen Forum wurden die vorliegenden Vorschläge diskutiert und haben sich die Beteiligten ausgetauscht. Die Ergebnisse wurden festgehalten und waren Grundlage für die Beratungen im Stadtparlament. Die bisherige Praxis in Groß-Umstadt zeigt, dass die gewählten Mandatsträger die von den Bürgern und den Stadtteilpolitikern ausgearbeiteten Vorschläge sehr ernst nehmen und ihre politischen Entscheidungen daran ausrichten. Im Verlauf des Beteiligungsverfahrens und auf der Grundlage neuen fachlichen Wissens hat sich die anfänglich skeptische Haltung von Bürgern und Politik gegenüber einer Ausweitung der Flächennutzung gewandelt. Heute wird ein moderates Wachstum bei der Nutzung neuer Flächen betrieben, das von weiten Teilen der Bevölkerung getragen wird.

Mit Projektarbeit experimentieren!

Um neue Aktivitäten zu erproben, wird mit zeitlich befristeten Projekten gearbeitet, deren Verlauf und Ausgang offen ist. Die einzelnen Arbeitsschritte können dabei nicht vollständig und bis ins Detail geplant werden. Stattdessen muss im Projektverlauf immer wieder flexibel auf neue Anforderungen reagiert werden. Allerdings braucht es auch verlässlicher Rahmenbedingungen, die einen gemeinsamen Arbeitsprozess ermöglichen und die durch Personen wie die beteiligten Fachkräfte aus der Verwaltung, durch einen außenstehenden Moderator und durch Methoden sichergestellt werden müssen.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Projektarbeit mit dem Ergebnis dauerhafter Strukturen für eine verbesserte Betreuung und Erziehung von Kindern ist das Modellprojekt „Runder Tisch für Kinderbetreuung“ in Wetttenberg.

Modellprojekt „Runder Tisch für Kinderbetreuung“ in Wetttenberg

Ausgehend von der Projektgruppenarbeit im Rahmen der Lokalen Agenda 21 hat sich im mittelhessischen Wetttenberg ein Netzwerk für eine familienfreundliche Kommune gegründet. Daraus ist das Modellprojekt „Runder Tisch für Kinderbetreuung in Launsbach“, einem Ortsteil, hervorgegangen. Der Prozess begann mit einer Elternbefragung, die den Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten ermittelt hat. Dies wiederum war Ausgangspunkt dafür, dass schrittweise ein Hortangebot zur nachschulischen Betreuung entwickelt, Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen mit den Zeitbedürfnissen der Eltern abgestimmt und in einer kommunalen Kindertagesstätte ein Förderverein gegründet wurde.

Aus der Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen, an der auch die Eltern von Schulanfängern, die Elternbeiräte und als Gast der Bürgermeister beteiligt waren, resultierten weitere Aktivitäten wie Angebote in der Ferienzeit und das generationsübergreifende Teilprojekt „Zusammenleben von Jung und Alt“. Ein wichtiges Instrument für die Realisierung dieser Projekte waren die sogenannten pädagogischen Konferenzen, in denen gemeinsam Konzepte und Vorgehensweisen entwickelt wurden und die für alle Beteiligten (und nicht nur für die pädagogischen Fachkräfte!) einen gemeinsamen Bildungsprozess ermöglichten.

Erfolgskriterien für die gelungene Projektarbeit:

- ergebnisoffener Prozess;
- systematisch angelegt und methodisch fundiert;
- Arbeitsgruppen, die bei Bedarf durch Beratung und Wissen unterstützt wurden;
- außenstehender Moderator für den Gesamtprozess;
- Unterstützung durch den Bürgermeister;
- Koordination durch Fachkräfte aus der Verwaltung;
- hohes Interesse und Bedarf bei den Bürgerinnen und Bürgern und
- ein gemeinsamer Bildungsprozess.

Passgenaue Formen der Anerkennung entwickeln

Bürgerschaftliches Engagement braucht Anerkennung und Würdigung. Dies erfordert eine umfassende Anerkennungskultur, in der sich die Wertschätzung gegenüber dem Engagement der Bürger ausdrückt. Dazu gehört eine wertschätzende Zusammenarbeit von engagierten Bürgern und beruflichen Kräften im alltäglichen Miteinander in Einrichtungen und Organisationen und reicht bis hin zu Möglichkeiten, über öffentliche Angelegenheiten mitzuzentscheiden und das Gemeinwesen mitzuge-

stalten. Darüber hinaus sind besondere Aktivitäten gefragt, in denen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger öffentlich geehrt und gewürdigt wird. Dies umfasst die klassischen Formen wie Ehrenbriefe und Auszeichnungen ebenso wie neuere Aktivitäten wie der festliche Abschluss am Ende eines Freiwilligentages, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen oder auch eine herausgehobene öffentlichkeitswirksame Veranstaltung. Nach wie vor spielt auch die persönliche Ehrung durch den Bürgermeister oder die Oberbürgermeisterin eine große Rolle. Jede Kommune muss neben eingeführten Varianten eigene und passgenaue Formen der Anerkennung entwickeln.

Die EhrenamtsCard als ein Beispiel

Von Seiten des Landes ist mit der EhrenamtsCard ein Instrument eingeführt worden, das auf die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements zielt und von allen Kommunen zusätzlich genutzt werden kann. Auf Empfehlung von Vereinen und Verbänden wählen die Kommunen besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger für eine begrenzte Anzahl von EhrenamtsCards aus. Dies eröffnet den Bürgern die Möglichkeiten, zum Beispiel zu vergünstigten Preisen öffentliche Sportveranstaltungen, Schwimmbäder, Theater und Museen oder auch private Einrichtungen wie Kinos, Thermen oder Freizeitparks zu besuchen. Die Erfahrungen mit der mittlerweile in allen Landkreisen genutzten EhrenamtsCard zeigen allerdings, dass deren Bedeutung für die engagierten Bürger weniger aus den finanziellen Vergünstigungen als vielmehr aus der dabei erfahrenen Anerkennung und Würdigung ihres Engagements resultiert.

Auch wenn die EhrenamtsCard ein hessenweit angewandtes, standardisiertes Instrument darstellt, kann es in den Kommunen mit unterschiedlichen Zielsetzungen eingesetzt werden.

Neue Aktivitäten in Frankfurt am Main

Die landesweite Einführung der EhrenamtsCard hat in Kommunalpolitik und -verwaltung der Stadt Frankfurt neue Aktivitäten zur Engagementförderung angestoßen. Dem Stadtverordnetenbeschluss zur EhrenamtsCard folgte die Einrichtung eines eigenen Referates „Bürgerengagement, Ehrenamt und Stiftungen“ im Hauptamt der Stadtverwaltung, dem neben der Umsetzung des Programms EhrenamtsCard auch andere Aufgaben der Engagementförderung wie neue Aktivitäten im Stiftungsbereich obliegen. Dies ging mit einer Debatte in Kommunalpolitik und Stadtverwaltung über die Möglich-

keiten und Grenzen der kommunalen Engagementförderung einher. Im Zentrum standen dabei Fragen, welche Rolle die Stadtverwaltung in Kooperation mit den lokalen Akteuren wie Vereinen, Verbänden und Stiftungen als „Anlaufstelle“ übernehmen sollte, wie die vielfältigen, in den einzelnen Verwaltungsbereichen angesiedelten Einzelaktivitäten zur Unterstützung des freiwilligen Engagements belebt und vernetzt werden können, und was die Kommune dazu beitragen kann, um angemessen auf veränderte Engagementstrukturen bei Organisationen und Einzelpersonen zu reagieren.

Die EhrenamtsCard wird auch genutzt, um Kooperationspartner wie Unternehmen zu gewinnen, die sich bislang nicht oder nur am Rande mit dem Thema befasst haben.

Die Werbung von Unternehmen im Main-Kinzig-Kreis

Um lokale Unternehmen und Geschäfte als Partner für die EhrenamtsCard zu gewinnen, betreibt die Ehrenamtsagentur im Main-Kinzig-Kreis einen zielgerichteten Werbeprozess. Einzelhändler, Kinos und sonstige vor Ort ansässige Unternehmen werden angesprochen und um Angebote für Inhaber der EhrenamtsCard gebeten. Im Gegenzug bietet die Ehrenamtsagentur den Unter-

nehmen einen werbewirksamen Eintrag auf ihrer Homepage und in dem monatlichen Informationsblatt der Agentur. Darüber hinaus gibt es eine Dankesurkunde des Landkreises für die Beteiligung bei der EhrenamtsCard, die im Eingangsbereich des jeweiligen Unternehmens oder Geschäftes angebracht werden kann.

Qualifizierung ermöglichen!

Um sachkundig und kompetent handeln zu können, brauchen die Bürgerinnen und Bürger Wissen und Kenntnisse und müssen ihre Erfahrungen austauschen können. Die Kommune kann die Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote von Vereinen und Verbänden unterstützen. In Kooperation mit lokalen Weiterbildungsträgern wie Volkshochschulen können passgenaue Qualifizierungsangebote bereitgestellt werden. Das Qualifizierungsprogramm des Hessischen Sozialministeriums zielt darauf, Bürger/innen durch Basisqualifizierung und Schulung Wissen und Können für spezifische Aufgabengebiete in ihrem Engagement bereitzustellen. Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros sowie lokale Anlaufstellen in der Verwaltung eruieren den Bedarf vor Ort, koordinieren die lokalen Qualifizierungsangebote und arbeiten dabei mit Vereinen und Verbänden sowie ortsansässigen Bildungsträgern zusammen. Das Sozialministerium unterstützt die Anlaufstellen mit einem finanziellen Betrag, der die Kosten sowohl für die Durchführung des Bildungsangebotes als auch für deren Koordinierung deckt.

Landesprogramme für die kommunale Engagementförderung nutzen!

Im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam Aktiv“ ist ein Bündel von landespolitischen Maßnahmen zur Engagementförderung vor Ort entwickelt worden, das von den Kommunen je nach Bedarf und örtlichen Gegebenheiten genutzt wird. So wurde die LandesEhrenamtsagentur Hessen als landesweite Netzwerkstelle installiert, die kommunale Entwicklungen anregt und unterstützt, Wissen bündelt und Fachkräfte in unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen zusammenbringt. Fortbildungen für kommunale Fachkräfte zur „Förderung von Bürgerengagement in der Kommune“ sowie themenbezogene Fachtagungen tragen mit dazu bei gute Beispiele zu verbreiten und Anregungen für die Engagementförderung zu geben. Maßnahmen wie die EhrenamtsCard und das über mittlerweile 25 Standorte ausgebreitete Netz an regionalen Qualifizierungsangeboten sind zwei weitere wesentliche Elemente. Ergänzt werden diese Aktivitäten durch ein Stiftungsportal, eine Kampagne zur Einbeziehung und zum Ausbau von Unternehmensengagement sowie die Rahmenvereinbarung zum Versicherungsschutz im Ehrenamt. Speziell für den Jugendbereich wurde ein Zeugnis-Beiblatt sowie ein Kompetenznachweis entwickelt und es existiert ein Gesetz zur beruflichen Freistellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kinder- und Jugendarbeit. Ein weiteres Element der landespolitischen Aktivitäten sind Modellprojekte wie die Engagement-Lotsen, in denen interessierte Bürger für den Auf- und Ausbau der kommunalen Engagementförderung qualifiziert werden. Für Prozesse der Dorfentwicklung können das hessische Dorferneuerungsprogramm und der Wettbewerb „Unser Dorf“ genutzt werden.

NÜTZLICHE HINWEISE

Ansprechpartner in den Kommunen

Darmstadt

**Freiwilligen-Agentur für die Stadt Darmstadt
und den Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Marco Bresciani
Rheinstraße 65
64295 Darmstadt
Tel.: (06151) 97 120 97
E-Mail: freiwillig@zeit-spenden.de

Felsberg

Kinder- und Frauenbüro

Inge Koch
Vernouillet-Allee 1
34587 Felsberg
Tel.: (05662) 502-0
E-Mail: inge.koch@felsberg.de

Frankfurt

**Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Hauptamt - Referat für Bürgerengagement**

Barbara Jaeckel
Bethmannstraße 3, Zi. 27
60311 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-35501
E-Mail: barbara.jaeckel@stadt-frankfurt.de

**BüroAktiv - Freiwilligenagentur und
Seniorenbüro**

Julia Sipreck
Oberlindau 20
60323 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 972 01 730
E-Mail: bueroaktiv@buergerinstitut-ffm.de

Groß-Umstadt

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Agenda-Büro**

Reiner Michaelis
Am Markt 1
64823 Groß-Umstadt
Tel.: (06078) 781 277
E-Mail: r.michaelis@gross-umstadt.de

Hanau

Freiwilligen-Agentur

Iris Fuchs
Steinheimer Straße 1
63450 Hanau
Tel.: (06181) 66820-53
E-Mail: freiwilligenagentur@hanau.de

Hofbieber

Hauptamtsleiter Georg Kling

Schulweg 5
36145 Hofbieber
Tel.: (06657) 987-14
E-Mail: Georg.Kling@hofbieber.de

Kassel

**Stadt Kassel - Magistrat
Hauptamt/Stadtmarketing**

Jutta Arbter
34112 Kassel
Tel.: (0561) 787-7136
E-Mail: jutta.arbter@stadt-kassel.de

FreiwilligenZentrum Kassel

Frank Gerhold, Anneke Gittermann

Spohrstraße 5
34117 Kassel
Tel.: (0561) 10 24 25
E-Mail: info@freiwilligenzentrumkassel.de

Landkreis Offenbach**Ehrenamtsagentur**

Hans Lucas
An der Winkelmühle 5
63303 Dreieich
Tel.: (06103) 987 516
E-Mail: h.lucas@kreis-offenbach.de

Main-Kinzig-Kreis**Ehrenamtsagentur**

Walter Dreßbach
Barbarossastr. 16-18
63571 Gelnhausen
Tel.: (06051) 85-11222
E-Mail: Ehrenamtsagentur@mkk.de

Taunusstein**Magistrat der Stadt Taunusstein**

Uta Feix, Waltraud Möhrlein
Aarstraße 150
65232 Taunusstein
Tel.: (06128) 241-322
E-Mail: Uta.Feix@taunusstein.de

Viernheim**Amt für Kultur, Bildung und Soziales (KuBuS)
Kontakt- und Informationstelle für Selbsthilfe
(KISS) Civitas-Botschafter**

Horst Stephan
Kreuzstr. 2-4
68519 Viernheim
Tel.: (06204) 988407
E-Mail: Horst.Stephan@Viernheim.de

Werra-Meißner-Kreis**Ehrenamtsagentur**

Horst Hartmann
Nordbahnhofsweg 1
36123 Witzenhausen
Tel.: (05542) 501354
E-Mail: Horst.hartmann@eg-wmk.de

Wettenberg**Stadt Wettenberg**

Iris Steiner
Sorguesplatz 2
35435 Wettenberg
Tel.: (0641) 804-61
E-Mail: iris.steiner@wettenberg.de

Wichtige Adressen auf Landesebene

LandesEhrenamtsagentur Hessen

LandesEhrenamtsagentur Hessen

Geschäftsführer Stephan Würz
 Otto-Fleck-Schneise 4
 60528 Frankfurt/M.
 Tel.: (069) 6789426
 E-Mail: landesehrenamtsagentur-hessen@ge-
 meinsam-aktiv.de

Hessisches Sozialministerium

Hessisches Sozialministerium

Abt. VI 4B

Referat Bürgerengagement und Ehrenamt

Elke Kiltz
 Dostojewskistr. 4
 65187 Wiesbaden
 Tel.: (0611) 817 3514
 E-Mail: elke.kiltz@HSM.hessen.de

Hessische Staatskanzlei

Hessische Staatskanzlei

Referat Bürgerengagement und Ehrenamt

Manfred Husemann
 Georg-August-Zinn-Straße 1
 65183 Wiesbaden
 Tel.: (0611) 32 38 15
 Email Manfred.Husemann@stk.hessen.de

Hessischer Städte- und Gemeindebund

Hessischer Städte- und Gemeindebund

Bernd Klotz
 Henri-Dunant-Str. 13
 63165 Mühlheim/Main
 Tel.: (06108) 6001-35
 E-Mail: B.Klotz@hsgb.de

Hessischer Städtetag

Hessischer Städtetag

Michael Hofmeister
 Frankfurter Straße 2
 65189 Wiesbaden
 Tel.: (0611) 170215
 Fax: (0611) 170217
 E-Mail: Hofmeister@hess-staedtetag.de

Hessischer Landkreistag

Hessischer Landkreistag

Tim Ruder
 Frankfurter Straße 2
 65189 Wiesbaden
 Tel.: (0611) 1706-12
 E-Mail: Ruder@HessischerLandkreistag.de

Regierungspräsidium Kassel

Für Bürgerbeteiligung bei der Dorferneuerung:

Regierungspräsidium Kassel

Roswitha Rüschen Dorf
 Steinweg 6
 34121 Kassel
 Tel.: (0561) 106-3125
 E-Mail: roswitha.rueschendorf@rpks.hessen.de

Links

Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen (bagfa)

www.bagfa.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BaS)

www.seniorenbueros.de

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

www.b-b-e.de

Bürgerorientierte Kommune Bertelsmann Stiftung

www.buergerorientierte-kommune.de



LandesEhrenamtsagentur Hessen

Stephan Würz

Otto-Fleck-Schneise 4

60528 Frankfurt/Main

Tel.: 069 - 67 89 426

e-mail: landesehrenamtsagentur-hessen@gemeinsam-aktiv.de

www.gemeinsam-aktiv.de